

Keine Stimme dem Präsidenten

Das Amt des Bundespräsidenten steht für: Abgehobenheit, Überflüssigkeit, Privilegien und autoritäre Züge. Die Vollmachten und Möglichkeiten des Amtsinhabers sind weitreichend. Wir lehnen dieses Amt deshalb grundsätzlich ab. Gleichzeitig findet gerade ein seltsamer Wahlkampf statt, dem zwei Dinge fehlen: Politischer Inhalt und KandidatInnen die wir unterstützen können.

Von Niki Hofmann
SOV Wien Süd
Klestil: Machtgeil und opportunistisch

Zu Thomas Klestil erübrigt sich eigentlich jeder Kommentar: Klestil stellt geradezu den Prototypen eines Bonzen dar, der bestenfalls noch Präpotenz für die arbeitende Bevölkerung übrig hat. Es ist geradezu lächerlich, wenn jener Kandidat, der von den drei größten Parteien unterstützt wird, sich als parteiunabhängiger Bürgerkandidat ausgibt.

Klestil ist der opportunistische Grundkonsens von SPÖ-Spitze, ÖVP und FPÖ. Da hilft es auch nichts wenn er für seine Kandidatur auf die Unterschrift von Parlamentsabgeordneten verzichtet und gleichzeitig die ÖVP-Basis Unterstützungserklärungen für seine Zulassung als Kandidat sammeln läßt. Begleitet wird diese schmierige „Ich bin ein Kandidat des Volkes“-

Kampagne durch demonstrative Akte der Bürgernähe: Wer im ORF - „Report“ eine Leberkäsemmel verdrückt, der muß einfach einer von „und“ sein.

Klestil steht wie kein anderer für den etablierten Politikertypus. Schon als er das erste Mal antrat war er beileibe kein unabhängiger Kandidat, sondern der der ÖVP. Seinen damaligen Wahlkampfslogan: „Macht braucht Kontrolle“ und seine Drohung ein aktiver Bundespräsident zu sein, setzte er in peinlichen Machtspielen um. In Erinnerung ist noch der Eklat, rund um die Frage, wer den EU-Vertrag unterschreiben darf. Seither tut er sich mit höfischem Zereoniell und monarchischem Amtsverständnis hervor, welches in der ursprünglichen Weigerung sich im Wahlkampf einer TV-Konfrontation zu stellen, gipfelte.

„Inhaltsleere“ als Wahlkampfschlager

Doch auch die anderen KandidatInnen stützen sich auf angebliche „Unabhängigkeit“ als Wundermittel und führen tatsächlich einen vor Aussagelosigkeit strotzenden Wahlkampf: „Demokratie braucht Sicherheit“ (Klestil), „Mut und Deut“ (Schmidt), „Es ist möglich“ (Knoll) und „Aus eigener Kraft“ (Lugner) sind wohl kaum Stellungnahmen, die irgendeine relevante Position bezüglich der wahren Probleme der Bevölkerung beziehen. Heide Schmidt ist die einzige, die sich klar zu einer Partei und relativ konkret zu Positionen bekennt. Diese sind allerdings neoliberal. Gerade Menschen die sie als „starke Frau“ wählen wollen, sollten die vor allem auch frauenfeindlichen Positionen des LIF im Hinterkopf behalten. Das betrifft vor allem das liberale Familienbesteuerungsmodell, welches Frauen in stärkere Abhängigkeit vom Mann bringt, die Forderungen des LIF nach noch mehr Arbeitszeitflexibilisierung und Aufhebung von Arbeitnehmer-Innenschutzbestimmungen... Die von den KandidatInnen demonstrativ zur Schau getragene „Unabhängig-

keit“ drückt aber auch einen weiteren Punkt aus: Die stärker werdende Ablehnung des herrschenden Systems in der Bevölkerung..

Keine linke Kandidatur

Die SPÖ hat zum ersten mal seit 1945 verzichtet bei einer bundesweiten Wahl zu kandidieren. Diese „Kapitulation“ ist die logische Fortsetzung einer Politik in den letzten Jahre, die die SPÖ in eine „stinknormale“ (bürgerliche) Partei „verwandelte“. Linke und Gewerkschaftler haben es auch bei dieser Wahl verabsäumt, aus dem politischen und organisatorischen Niedergang der Sozialdemokratie die nötigen Schlußfolgerungen zu ziehen: Eine kämpferische, linke Kandidatur auf die Beine zu stellen. Nach Bekanntgabe von Knolls Antreten ging ein Aufatmen durch die Reihen von Grünen und Teilen der SPÖ. Frau Knolls Kandidatur ist jedoch ein Ausdruck der Schwäche und kein Ausweg aus der Krise der österreichischen Linken und ArbeiterInnenbewegung.

Ist Knoll die Alternative?

Zugute muß man Knoll halten, daß sie als einzige Kandidatin aktiv an Bewegungen der letzten Jahre beteiligt war. So hat sie sich an SOS-Mittensch und am Frauenvolksbegehren beteiligt. Doch von diesen Bewegungen ist in diesem Wahlkampf kaum eine Rede. Sie kritisiert nicht offensiv die menschenunwürdige ImmigrantInnenpolitik der Regierung, sie stellt keine konkreten Forderungen nach Privatisierungsstop, nach Rücknahme der Kürzungen im sozialen Bereich oder nach 15.000 Schilling Mindestlohn (siehe Frauenvolksbegehren). Es bleibt bei allgemeinen Lippenbekenntnissen wie: „Arbeit kommt vor Kapital. Die Reichen dürfen nicht noch reicher werden und die Armen nicht noch ärmer...“. Einzig den NATO-Beitritt lehnt sie relativ klar ab. Hinzu kommen - wie bei einer Superintendin nicht anders zu erwarten - dann aber noch durchaus reaktionäre Positionen zur Familie.

Stromlinienförmige Allgemeinplätze zur Außenpolitik, keine grundsätzliche Kritik an der EU und am PräsidentInnenamt insgesamt - Schritt für Schritt versucht Frau Knoll zu unterstreichen wie „präsidabel“ sie ist. Kein Wunder, daß Herr Diechand ihr die wohlwollende Neutralität der Krone zusicherte und ein Industrieller ihren Wahlkampf managt. Knoll setzt auf das Gegenteil einer notwendigen Polarisierung von links - auf einen gesellschaftlichen Konsens den es nicht gibt und der immer irrealer wird. Zu befürchten ist da, daß der eine oder andere Lugner als vermeintlichen „Anti-Kandidaten“ den Vorzug gibt.

Weiß-wählen ist zuwenig!

Viele ArbeitnehmerInnen werden aus Protest gegen diesen Einheitsbrei, der bei dieser Wahl angeboten wird, zu Hause bleiben, oder weiß wählen. Wir halten das für eine sehr verständliche Antwort, die uns verpflichtet künftig für eine echte linke Alternative zu sorgen. Denn sich einfach nur im Stillen zu ärgern, ist zu wenig. Es gilt links aktiv zu werden und sich zu organisieren. Am besten bei der Sozialistischen Offensive Vorwärts.

Aus dem Inhalt:

Seite 2
EU-Osterweiterung

Seite 3
PV-Wahlen bei der Gemeinde Wien

Seite 4/5
Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich

Seite 6
Ultra-konservative Uni-Politik: JES

Seite 7
Aufstand im Kosovo



Der Standpunkt

Entwickelt die SPÖ Steier-Qualitäten?

Die SPÖ verhindert mit ihrem „Nein“ zum NATO-Beitritt als zukünftige Option eine gemeinsame „sicherheitspolitische Linie der Regierung. Bisher war Resistenz gegenüber der ÖVP nicht unbedingt die Stärke der „sozialdemokratischen“ Führung. In allen möglichen Fragen - EU, Sozialabbau, Privatisierung, AusländerInnenpolitik - hat sich SPÖ-Spitze mit klar bürgerlicher Politik „profiliert“. Warum setzen Klima und Co. gerade in der NATO-Frage nicht den Stahlhelm auf?



von John Evers

Für einen Großteil der ArbeitnehmerInnen, Jugendlichen und PensionistInnen ist die Neutralität positiv besetzt: mit niedrigen Ausgaben für Rüstung, Antimilitarismus und kurzen Wehrdienstzeiten, keinen Kampfeinsätzen... Unmittelbare Bedrohungsszenarien an den österreichischen Grenzen fehlen trotz heftiger Versuche von Medien und Militärs, den Jugoslawienkonflikt in diese Richtung auszuschlagen. Die generell starke Ablehnung eines NATO-Beitritts in der Bevölkerung ist zwar ein Aspekt für das momentane „Nein“ der SPÖ-Führung, aber sicher nicht der ausschlaggebende. In anderen Fragen hat sich die Parteispitze bisher einen Dreck um die Stimmung an der Basis geschert. Nicht unwichtig für das „Nein“ ist daher wahrscheinlich auch, daß ein Teil der österreichischen Bourgeoisie noch immer denkt - wie in der Vergangenheit - mit dem neutralen Sonderstatus besser zu fahren. Die Neutralität war ja ursprünglich ein vor allem von der ÖVP forciertes Konzept mit dem der kapitalistische Charakter Österreichs festgeschrieben wurde. Ökonomisch und militärisch wurde Österreich damit in den „Westblock“ eingegliedert. Der offiziell „neutrale“ Status erlaubte gleichzeitig eine Sonderrolle: Österreichische Konzerne konnten Extraprofite durch den Handel mit - von der NATO/USA - offiziell geächteten Staaten einstreifen.

Der wesentliche Grund für die derzeitige SPÖ-Linie liegt aber woanders. Die Neutralität ist einer der letzten Restposten aus der Verschubmasse der österreichischen Nachkriegsordnung. Haider's „3. Republik“ ist inzwischen durch die Regierungspolitik und immer schärfere Unternehmergriffe in vielen Punkten bereits Realität geworden. Gleichzeitig stand die „traditionelle“ Sozialdemokratie in den Augen vieler Menschen wie keine andere Partei für die zweite „Nachkriegs“-Republik. Eine eindeutige NATO-Option zum jetzigen Zeitpunkt würde für einen Gutteil eben jener Menschen einen weiteren, sehr dramatischen Vertrauensbruch bedeuten. „Wozu, wenn es vielleicht auch anders geht“ - die SPÖ-Spitze setzt vorläufig auf Zeit. Die Regierung betreibt schon längst eine Integrationspolitik in die NATO - teilweise konsequenter als einige der offiziellen Beitrittsverwerber: Partnership for Peace, Albanieinsatz, Überflugs- und Durchflurgenehmigungen ... Blendend schaffen es Klima und Co., all das mit dem Neutralitätsgesetz zu vereinbaren. Gleichzeitig wird die NATO bereits jetzt von der Parteiführung Stück für Stück in ein kollektives Sicherheitssystem uminterpretiert. Am Ende soll - wer weiß - vielleicht sogar ein „neutrales Österreich“ als Vollmitglied der NATO stehen?

Konferenz der SOV

SOV 1998

Am 14. und 15. März tagte die Bundeskonferenz der Sozialistischen Offensive Vorwärts. Auf der Bundeskonferenz als höchstem Gremium der SOV wurden politische Richtlinien, Zielsetzungen und Statut beschlossen und ein neuer Bundesvorstand gewählt.

von Claudia Sorger
SOV Wien Süd

Ganz zentral für die zukünftige Arbeit der SOV ist die Kampagne zum Thema Arbeitszeitverkürzung, die auf der Konferenz beschlossen wurde (siehe Seiten 4 und 5). Das neue, auf der Konferenz verabschiedete Statut definiert grundsätzliche Ziele und Strukturen der SOV, sowie Rechte und Pflichten der Mitglieder: „Die SOV strebt die Bildung einer neuen sozialistischen ArbeiterInnenpartei und -bewegung in Österreich und international an ... Die SOV kämpft für eine sozialistische Gesellschaftsveränderung und steht auf der Grundlage des Marxismus. Die Zusammenarbeit und der gemeinsame Kampf mit allen linken, sozialistischen und revolutionären Kräften ist ein zentrales Element für die Arbeit der SOV“ (das Statut kann über das SOV-Büro bestellt werden). Da die SOV Teil einer internationalen

Organisation, dem Komitee für eine ArbeiterInneninternationale CWI/KAI ist, berichteten ein Vertreter der Internationale, eine Genossin aus Deutschland und ein Genosse aus Tschechien über Situation und Arbeit der anderen Sektionen. Auf der Bundeskonferenz wurde eine Diskussion zum Thema Gewerkschaften eröffnet, die eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit Fragen der Rolle der Gewerkschaft, Entwicklungstrends und Arbeit von Linken in der Gewerkschaft bedeutet.

Der neue Bundesvorstand wählte im Anschluß an die Konferenz die neue Bundesleitung. Sie besteht aus: John Evers, Michael Gehmacher, Sonja Grusch und Ali Kropf.

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion:
Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV),
1070 Wien, Kalenber 1411
Druck: Druckerei Brücke, 1010 Wien, Wipplingerstr. 23
Herstellung und Verlagsort: Wien

EU-Osterweiterung

FPÖ: „Grenzen dicht“

Die FPÖ zeichnet einmal mehr Horrorszenarien: Im Zuge der EU-Osterweiterung würden Millionen von Billigarbeitskräften kommen, die den ÖsterreicherInnen ihre Arbeitsplätze wegnehmen. ÖGB und Arbeiterkammer benutzen zwar sanftere Worte, fordern aber in der Konsequenz ebenfalls: Grenzen dicht.

Von Stefan Kerl
SOV Wien Nord

Wenn es nach den Plänen der EU-Kommission geht, sollen schon 2002 spätestens jedoch 2005 Ungarn, Polen, Tschechien, Slowenien, Estland und Zypern Mitglieder der EU sein. Noch heuer wird mit den Beitrittsverhandlungen begonnen. Innerhalb der EU hat jeder das Recht, sich in jedem EU-Land einen Arbeitsplatz zu suchen. Die osteuropäischen ArbeitnehmerInnen verdienen lediglich ein Zehntel bis ein Viertel des österreichischen Durchschnittseinkommens. Sozialleistungen sind - nachdem das alte, oft hervorragende Sozialsystem zerschlagen wurde - faktisch nicht vorhanden.

Durch das hohe Lohn- und Sozialleistungsgefälle könnte die Osterweiterung Druck auf das österreichische Lohnniveau und das Sozialsystem bedeuten. Osteuropäischen ArbeitnehmerInnen könnten gegen ihre österreichischen KollegInnen ausgespielt werden. Das geschieht allerdings schon jetzt - wie das Beispiel Semperit zeigt.

Sozialer Westen - böser Osten?

Die EU-Kommission sieht dies durchaus positiv und argumentiert damit ganz im Sinne der Unternehmer: „Ein substantielles Lohngefälle zwischen Ost und West“ sei gut, das könne „den bereits eingeleiteten Prozeß der Flexibilisierung der Arbeits-

märkte in angrenzenden Ländern wie Deutschland und Österreich beschleunigen“ heißt es in der „Agenda 2000“, der Stellungnahme der EU-Kommission.

Die Kommission fordert von den Oststaaten, daß sie vor einem EU-



Haider gegen Ost-Europa

Beitritt für gänzlich freie Marktwirtschaft sorgen müßten. Das würde vor allem weitere Privatisierung bedeuten, stärkere Rationalisierung und als Folge steigende Arbeitslosigkeit. Der Druck Richtung Lohn- und Sozialdumping spielt sich also nicht nur von Ost nach West, sondern vor allem auch umgekehrt ab!

FPÖ-Chef Haider bezeichnete im Jänner die EU-Osterweiterung als „Kampfansage an Österreich“. Die

Billigarbeitskräfte aus dem Osten würden die Österreicher arbeitslos machen. Die „Lösung“ der FPÖ ist wie immer einfach: Totale Abschottung.

ÖGB und AK sind zwar grundsätzlich für eine Osterweiterung, aber noch sei das Wohlstandsgefälle zwischen West und Ost zu hoch: Die „Bedingung für die Öffnung des Arbeitsmarkts muß sein, daß die Ostländer sich dem Lohn- und Sozialniveau Österreichs angenähert haben. Erst danach darf der Arbeitsmarkt schrittweise geöffnet werden.“ Doch wie diese Annäherung geschehen soll und wo hier die Rolle der ArbeitnehmerInnenorganisationen liegt, bleibt völlig unbeantwortet. Wahrscheinlich haben Tumpel, Verzetitsch und Co. auch keine. Bis es soweit ist, gilt für ÖGB und AK jedenfalls auch: Grenzen dicht.

Gemeinsamer Kampf

ÖGB und AK stellen in ihrer Politik tagtäglich die Standort„logik“ über die internationale Solidarität: Reallohnsenkungen, Sparpakete und Flexibilisierung bei uns sind die Folgen, die auch KollegInnen in anderen Ländern auf den Kopf fallen. In der neuesten Ausgabe der „Solidarität“ wird die Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Gewerkschaften beschworen, allerdings auch so getan, als ob die KollegInnen „drüben“ erst von „uns“ erst lernen müßten, wie man richtige gewerkschaftliche Arbeit betreibt. Angesichts dessen, daß die ArbeitnehmerInnen z.B. in Tschechien 1997 Massenproteste gegen die Sparpolitik durchführten, ist es wohl eher der ÖGB, der Nachhilfeunterricht benötigt.

Wahlen in Niederösterreich

KP-NÖ: Der 2. Streich

Bei den NÖ-Landtagswahlen konnte die KPÖ-NÖ mit 0,6 Prozent ihre Stimmen fast verdreifachen. In Zwentendorf erzielte sie mit 5 Prozent ihr landesweit bestes Ergebnis. Horst Pillhofer, 40, war bis 1985 Mitglied der SPÖ, trat 1988 der KPÖ bei und war fünf Jahre Betriebsrat der Donauchemie. Seit 1991 ist er Gemeinderat in Zwentendorf.

V: Gratulation zum Ergebnis. Worauf führst Du den Wahlerfolg in Zwentendorf zurück?

HP: Auf unsere stetige Kommunal-, Gewerkschafts- und Mieterberatungs-Politik. Wir bringen in jeder Gemeinderatsitzung 2-3 Anträge zu aktuellen Fragen ein und tragen die Auseinandersetzung darüber sehr deutlich nach außen. Wir machen vom GLB Tullnerfeld jeden Donnerstag Sprechstunden und können in wichtigen Siedlungen bis zu

80 Prozent der MieterInnen im Mieterschutzverband organisieren.

V: Siehst Du Parallelen zum Grazer KPÖ-Erfolg?

HP: Wie in Graz machen wir seit etlichen Jahren konkrete Arbeit vor Ort. Wir sind - wie die steirischen GenossInnen - eben nicht nur vor Wahlen mit Infoständen, Flugblattverteilung ... aktiv. Das macht sich dann eben bezahlt, auch bei anderen Wahlen hat die KPÖ in Zwentendorf sehr gute Ergebnisse. Die SPÖ hat bei diesen Wahlen mit minus 9 Prozent in Zwentendorf

am meisten im ganzen Bezirk verloren. Wir haben den Menschen eine sehr klare Alternative angeboten, die auch angenommen worden ist.

V: Wie stark ist die örtliche KPÖ?
HP: Wir sind 19 Parteimitglieder in Zwentendorf, aber es ist uns gelungen Menschen die nicht KPÖ-Mitglieder sind, ehemalige Sozialdemokraten und auch eher Grünorientierte in die Arbeit einzubinden. Sie spielen eine sehr, sehr wichtige Rolle.

V: Ist die KPÖ jetzt insgesamt wieder am richtigen Weg?

HP: Im Gegensatz zu früher, wo wir zu allem und jedem etwas sagen „mußten“, haben wir diesmal in Niederösterreich klare Akzente gesetzt - und vor allem soziale Themen aufgegriffen. Es hat einen Aktivitätsschub gegeben, und dort wo etwas passiert ist, schnitten wir besonders gut ab. Persönlich denke ich, müssen wir auf die Arbeit vor Ort, auf konsequente Kommunal- und Betriebsarbeit setzen. Diese Bereiche wurden in den vergangenen Jahren sträflich vernachlässigt. Da muß sehr schnell etwas geschehen.



Wahlen bei den Gemeindebediensteten: Privatisierungen verhindern!

KIV wählen

Anfang Mai finden in der Gemeinde Wien auf verschiedenen Ebenen Gewerkschafts- und Personalvertretungswahlen statt. Nach wie vor ist die Verzahnung zwischen der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter, Rathaus und SPÖ eines der Hauptprobleme für linke, gewerkschaftliche Arbeit. Die Liste Konsequente Interessensvertretung (KIV) erhielt bei den letzten Wahlen 7.003 Stimmen und 12,6% und hofft auf Stimmengewinne vor allem in den Bereichen allgemeine Verwaltung, Spitäler und Soziales.

Die allmächtige SPÖ-Bürokratie drückt sich nicht zuletzt im FSG-Spitzenpolitiker Hundsdoerfer aus. Er hat nicht weniger als acht Funktionen inne: Vom Vorsitzenden des Wiener Gemeinderates über den Geschäftsführenden-Vorsitzenden der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (GdG) bis zum Präsidenten des Wiener Handballverbandes. Thomas Kerschbaum, KIV-Personalvertreter berichtet über die Auswirkungen der FSG-Allmacht:

„Viele KollegInnen haben Angst. Es ist für die KIV teilweise schwierig, KandidatInnen zu finden. In der Hauptgruppe 1 hat sogar jemand seine Unterstützungserklärung für die Zulassung der KIV-Kandidatur wieder zurückgezogen. Die FSG unterstellt uns, daß wir gewerkschaftsfeindlich sind. Wir sagen, besser diese Gewerkschaft, als gar keine. Aber wir wollen mit der KIV



Die KIV setzt sich u.a. für die Interessen des Krankenpflegepersonals ein

zeigen, wie Gewerkschaftsarbeit auch aussehen könnte. Wir sind eine offene Gewerkschaftsgruppierung, jeder Beschäftigte kann mitmachen und mitdiskutieren. Es gibt bei uns eine große Bandbreite und keine Diskriminierung von linken, sozialistischen Positionen. Dafür aber eine klare Abgrenzung gegenüber der AUF (Freiheitliche) und ihren Positionen. Ich bin übrigens nicht nur für die politische Bekämpfung, sondern auch für den Rauswurf der freiheitlichen Gewerkschaftsfeinde - anstatt des Kuschelkurses, den oft die ÖGB-Führung gegenüber den F-lern fährt.“

Der wichtigste Punkt für die Gewerkschaftsarbeit in der Gemeinde sind drohende Privatisierungen. Bereits jetzt durchkämmen Managementberatungsfirmen die Dienststelle. Die KIV lehnt Privatisierungen im großen und ganzen ab. „Die Frage ist, ob die KIV als Gesamtheit

den Willen haben wird, dem auf jeder Ebene Widerstand entgegenzusetzen. Das bedeutet Zusammenarbeit mit anderen Gewerkschaftsbeiräten, aber auch mit Gruppen, die sich außerhalb der Gemeinde gegen Sozialabbau und Privatisierung wehren. Letztlich geht es darum, ob KollegInnen in den Dienststellen - auch aus anderen Fraktionen - bereit sind, aktiv zu werden.“ Über seine tagtägliche Arbeit als linker KIV-Gewerkschafter meint Kerschbaum: „Ein Problem ist, daß im Bewußtsein oft Gewerkschaft bei der Gemeinde noch immer mit einer Art Nebenverwaltung gleichgesetzt wird.“ Seine persönlichen Schwerpunkte sieht T. Kerschbaum in der MigrantInnen- und der internationalen Gewerkschaftspolitik. Die streikenden Liverpooler Dockers unterstützen die KIV-KollegInnen mit Spenden in der Höhe von immerhin öS 10.000,-

Markus Moldaschl, 22, Krankenpflegeschüler AKH, SOV-Wien West kandidiert bei den GdG-Wahlen für die zentrale Hauptkonferenz auf der Liste der KIV. Vorwärts erklärt er seine Beweggründe:

„Ich kandidiere weil in der Schule soviel schief läuft. Es gibt Probleme mit Skripten, bei der Wohnheimordnung die etwas mittelalterlich anmutet. Wir haben im Rahmen unserer Ausbildung ein Praktikum zu absolvieren, allerdings gibt es zu wenige Praxisanleiter auf einigen Stationen. Außerdem sind diese völlig überarbeitet - darunter leiden letztlich wir. Es gibt zwar eine Aufnahmeversicherung nach dem Abschluß - allerdings nicht am Ausbildungsort. Die SchülerInnenvertretung ändert daran ziemlich wenig - wahrscheinlich weil sie zu 100 Prozent FSG dominiert ist. Die KIV ist so strukturiert, daß ich mich mit meinen Positionen - auch als linker Sozialist - einbringen kann. Gemeinsam müssen wir versuchen eine kämpferische Gewerkschaftsopposition aufzubauen.“

Bericht vom Heer

AUF-Frontalangriff auf StraßenbahnerInnen

GWD

Sven Evers leistet im Moment seinen Rest-Grundwehrdienst (GWD) in Korneuburg ab und hat kurz davor seine erste eigene Wohnung bezogen. Die Mietkosten drohen ihn ins finanzielle Chaos zu stürzen. Ein kurzer Erlebnisbericht:

„Ich habe vor meinem Grundwehrdienst Wohnkostenbeihilfe beantragt. Dazu muß man eine Menge Zettelwirtschaft erledigen, ich habe aber alle Dokumente ordnungsgemäß vorgelegt. Ich erhielt auch die Auskunft, daß die Beihilfe bewilligt werden wird. Doch (jetzt kommt's) da ich vorher eine Zeit lang nur teilzeitbeschäftigt war - ohne abgeleiteten Präsenzdienst war es unmöglich, einen regulären Job zu finden - wird nur die Mindestbemessungsgrundlage von ca. öS 11.500,- genommen. Davon kriech ich 30 Prozent als Beihilfe, ca. öS 3.700,-. Miete, Betriebskosten und Telefongrundgebühr kosten aber fast öS 6.000,-.“

Beim Sozialamt wurde mir gesagt, Zuschüsse gibt es nur für Gemeindefunktionäre. Ich darf als Grundwehrdiener nicht einmal arbeiten gehen - obwohl das ohnehin bei der Belastung ein Wahnsinn wäre. Die einzige Möglichkeit ist, Schulden zu machen. Meine Meinung dazu: Statt über neue Waffen zu reden, sollten besser soziale Probleme gelöst werden.“

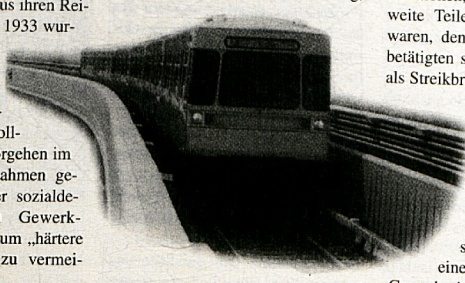
Geht es nach der Hauptgruppe 4 in der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (GdG), so wird der 26. November 1997 als schwarzer Tag in die Geschichte des Wiener Gemeinderats eingehen. An diesem Tag wurde von FPÖ, ÖVP, LiF und den Grünen (!) beschlossen, daß ab dem 1. Mai 1998 der Vollbetrieb der Wiener öffentlichen Verkehrsmittel durchzuführen ist. Grundlage dieses Beschlusses war ein Antrag des FPÖ-Gemeinderates Michael Kreißel, seines Zeichens oberster AUF-Mann bei der Polizei.

von Michael Gehmacher
SOV-Gewerkschaftssprecher

Am 1. Mai 1919 wurde der Vollbetrieb der öffentlichen Verkehrsmittel erstmals eingestellt. Die Wiener StraßenbahnerInnen sahen sich als Speerspitze des „Roten Wiens“. Viele antifaschistische WiderstandskämpferInnen gingen aus ihren Reihen hervor. Am 1. Mai 1933 wurde auf Weisung des bürgerlichen Verkehrsministers wieder auf Vollbetrieb umgestellt. Die Regierung Dollfuß hatte mit hartem Vorgehen im Falle von Kampfmaßnahmen gedroht. Die Führung der sozialdemokratischen „Freien Gewerkschaften“ wich zurück, um „härtere Auseinandersetzungen zu vermeiden“.

1945 wurde wieder die Arbeitsruhe eingeführt. Seither gibt es über den 1. Mai ein Abkommen zwischen Generaldirektion und Personalvertretung, das nun einseitig vom Wiener Gemeinderat gebrochen wurde - ein weiterer Grund für die Gewerkschaft, sich zur Wehr zu setzen.

Im Zeitalter des Neoliberalismus glauben auch „öffentliche“ Arbeitgeber, nun endlich genug Rückenwind zu haben, um Vereinbarungen aufzukündigen und bestimmen zu können, wann die ArbeitnehmerInnen zu arbeiten haben - sei es auch am 1. Mai. Es war vollkommen richtig,



daß die Gewerkschaft mit einer Streikdrohung reagierte.

Beim Vollbetrieb am 1. Mai geht es aber um weit mehr, als um eine Tradition der ArbeiterInnenbewegung. Daß Stadträtin Ederer nun private Busse am 1. Mai einsetzen will,

ist kein Kompromiß, sondern wird sich rasch als trojanisches Pferd entpuppen. Überall wird von den Bürgerlichen gerade auch bei der Gemeinde Privatisierung gefordert. Anstatt den 1. Mai zum gewerkschaftlichen Kampftag gegen diese Angriffe zu machen, stimmt die Gewerkschaft jetzt zu, daß an diesem Tag der öffentliche Verkehr privatisiert wird!

Bezeichnend war in der ganzen Angelegenheit das Verhalten der freiheitlichen Personalvertreter. Auf einer Pressekonferenz bekundeten sie ihre Bereitschaft, am 1. Mai die Arbeit aufzunehmen. Während alle Fraktionen, insbesondere GLB und weite Teile der FSG-Basis, bereit waren, den 1. Mai zu verteidigen, betätigten sich die F-Straßenbahner als Streikbrecher.

Besonders tat sich dabei Josef Mülle, oberster F-Straßenbahner und Personalvertreter am Bahnhof Hernalsbühl. Schon im September '97 sprach sich Mülle für einen Vollbetrieb aus. Die Gewerkschaft will auch in Zukunft den 1. Mai bis 14 Uhr freihalten. Pläne, die Stadtwerke auszugliedern gibt es bereits, was darauf folgt, ist normalerweise die Privatisierung. Die unsichere Zukunft des 1. Mai bei den Straßenbahnen ist mit diesen beiden Punkten wohl eng verbunden.

Euro

Zweckoptimismus

Die elf Teilnehmerstaaten am Projekt einer gemeinsamen europäischen Währung stehen fest. Beim EU-Gipfel am 1./2. Mai werden die Wechselkurse zwischen ihren Währungen fixiert. Ein Jahrhundertprojekt scheint gelungen.

von Sonja Grusch
SOV Wien Nord

Ein Blick diesseits der Propaganda macht rasch deutlich, mit welchen Mitteln gearbeitet wird. Der Euro ist untrennbar mit den Maastricht-Kriterien verbunden. Diese insgesamt sechs Kriterien (die bekanntesten sind die 60 % Gesamtverschuldung und die 3 % jährliche Neuverschuldung) stellen angeblich den ökonomischen Rahmen für den Euro dar. Tatsache ist nun aber, daß sechs (also mehr als die Hälfte) die 60% Hürde nicht erreicht haben. Aber auch jene Staaten, die offiziell unter die-



sen Marken geblieben sind, haben mit allerlei Tricks gearbeitet. In ganz Europa werden die Zahlen geschönt, überall gibt es „kreative Buchführung“, mit dem einen Ziel - den Euro zu erreichen.

Auch Österreich hat die Kriterien (fast) erreicht. Um die Teilnahme-fähigkeit noch zu unterstreichen werden rosige Wirtschaftsprognosen präsentiert. Es gäbe einen „Aufschwung zu neuen Ufern“ (News), das Wifo rechnet mit einem Wirtschaftswachstum von 2,7 % (1998) bzw. 3 % (1999). Demgegenüber steht allerdings die Realität, daß die österreichische Wirtschaft, die extrem Exportabhängig ist (rund 1/4 des BIP), von der Krise in Südostasien nicht verschont bleibt. Wenn auch nur wenig in die betroffene Region exportiert wird, so steigt die Konkurrenz auf Drittmarkten stark. Da die inländischen Realeinkommen in den letzten Jahren wegen der „Sparpakete“ gesunken sind und damit die Nachfrage zurückgegangen ist, stellen die Exporte die „einzige dynamische Nachfragekomponente“ dar. Da es in diesem Bereich zu Einbrüchen kommt (betroffen sind „Flugschiffe“ der österreichischen Industrie wie Voest Alpine, Elin, Semperit, Wienerberger, Radex-Heraklit...) können die Wachstumsprognosen nur als „Euro-Zweckoptimismus“ gewertet werden.

Euro und Maastricht-Vertrag haben ein vorrangiges Ziel: Sie dienen als Argumentation für Sozialabbau! Das europäische Währungsinstitut hat bereits darauf hingewiesen, daß auch in den nächsten Jahren „erhebliche Konsolidierungsschritte“ nötig wären. Im Klartext bedeutet das weitere Angriffe auf den Sozialstaat, auf die Löhne und Rechte von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen, sowie auf das Gesundheits- und Bildungswesen.

Konzepte gegen die Arbeitslosigkeit

Arbeitszeitverkürzung bei volle

Arbeitslosigkeit als dauerhaftes Massenphänomen ist auf die Tagesordnung zurückgekehrt. Zwischen 1980 und 1997 stieg in Österreich die Zahl der Beschäftigten um 10 %, die Arbeitslosigkeit schoß im gleichen Zeitraum um das 5,6 fache in die Höhe. Auf jede offene Stelle kommen 14 Arbeitslose. Fast 16 % aller Arbeitslosen sind zwischen 15 und 19 Jahre alt - eine „No future“-Generation wächst heran. Angesichts dieser Horrorzahlen besteht „Handlungsbedarf“ - eine Tatsache, die keine politische Kraft bestreitet. Die Konzepte reichen von weiterer Flexibilisierung und Bestrafung von Arbeitslosen bis zur Arbeitszeitverkürzung. Wir meinen, daß es notwendig ist, die vorhandene Arbeit auf alle zu verteilen: 30 Stunden-Woche/ 6 Stunden-Tag bei vollem Lohn- und Personalausgleich wären ein erster Schritt.

von **Katja Arthofer**
SOV Wien-Mitte

Arbeitslosigkeit gehört zum Kapitalismus wie das Amen zum Gebet. In Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs kann sie auf ein Minimum reduziert, nie aber ganz beseitigt werden. In den langen Krisenphasen - wie seit Ende des langen Nachkriegsaufschwungs - steigt sie selbst bei Wirtschaftswachstum an. Arbeitslosigkeit ist heute DAS Thema in Europa. Laut offiziellen Berechnungen sind mindestens 20 Millionen direkt betroffen - in Deutschland erreicht die Arbeitslosigkeit die Rekordmarke von 5 Millionen, in Belgien sind offiziell 12,7 % erwerbslos, in manchen Regionen bis zu 30 %! In Frankreich demonstrierten tausende Arbeitslose und besetzten Nobelrestaurants, um - frei nach Marie Antoinette - „Kuchen zu essen“. Die deutschen Arbeitslosen folgten diesem Beispiel und organisierten Demonstrationen und Kundgebungen vor Arbeitsämtern.

Aber auch in Österreich gibt es bereits konkrete Ansätze von Wider-

stand: Ein Volksbegehren wird vorbereitet, das das in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte niedergeschriebene „Recht auf Arbeit“ in der österreichischen Verfassung



Maderthaner prescht vor

verankern will. Über die Sinnhaftigkeit dieses Ansatzes läßt sich streiten. Er greift jedenfalls sicher zu kurz, denn Arbeitslosigkeit kann nicht einfach durch ein Gesetz verboten werden. Es stellt sich vor al-

lem auch die Frage, wie und wo denn ein Arbeitsloser dieses Recht einfordern kann und soll. Daneben hat sich im Februar nach einer Diskussion der „Vereinigten Arbeitslosen Initiativen - VALI“ ein Bündnis, das auch die SOV unterstützt, mit weitreichenderen Forderungen und Aktivitäten gegründet. Ein Hauptpunkt des Bündnisses - „Aktion 98“ - ist die Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Ständige öffentliche Aktionen und Kundgebungen begleiten diese Kampagne. Im März wurde im Zuge einer Flugblattaktion im Wiener Arbeitsamt Pasettistraße mittels eines Megaphones zur Solidarität aufgerufen, bis die Polizei schließlich einschritt und die AktivistInnen der „Aktion 98“ inklusive einiger Arbeitsloser rausschmiß. Das war aber nicht das Ende, sondern erst der Anfang, und viele weitere Aktionen für das Jahr 98 sind geplant.

Durch den steigenden öffentlichen Druck der letzten Zeit sieht sich sogar die EU gezwungen, zumindest pro forma zu handeln. Bis Mitte

April müssen alle 15 Mitgliedsstaaten einen nationalen Plan gegen Arbeitslosigkeit vorlegen. Doch wie schon beim Beschäftigungsgipfel in Amsterdam 1997 sind mit Sicherheit auch diesmal keine konkreten Schritte - außer Flexibilisierung, Lohndumping ... - zu erwarten.

Unternehmer“strategien“

Die Regierungen - „Konzepte“ bedeuten in der Praxis die Bestrafung von Arbeitslosen (die Kürzung des Arbeitslosengeldes). Oder es wird einfach die Berechnung der Arbeitslosigkeit geändert (in Britannien zwischen 1979 und 1995 rund 30 mal) und Arbeitslose aus der Statistik gedrängt, um scheinbar niedrige Werte zu erreichen.

Auch die Unternehmer präsentieren ihre „Lösungen“. Ihre Forderungen zielen alle in eine Richtung: So will Wirtschaftskammer-Präsident Maderthaner „Fairneß gegenüber Unternehmern“ und meint damit Steuervergünstigungen und z.B. Senkung des Unternehmerbeitrags zur Sozialversicherung (Stichwort: Lohnnebenkosten). Stummvoll, Chef der Industriellenvereinigung, fordert unter dem Schlagwort „Bürokratieabbau“ eine (weitere) Lockerung des ArbeitnehmerInnen-Schutzes und eine (weitere) Aufweichung von Lehrlingsgesetzen.

z.B. die „Aussetzung des ArbeitnehmerInnenschutzgesetzes“. Und die FPÖ meint: „Es sind daher Maßnahmen zu setzen, die eine weitgehende Flexibilität der Arbeitszeitregelung ermöglichen“. Diese österreichischen Forderungen passen in ein gesamteuropäisches Unternehmer-Konzept: In Deutschland z.B. fordern Unternehmerverbände eine Verlängerung der Wochen- und Jahresarbeitszeit, eine Ausweitung der Flexibilisierung, Null-Lohnrunden, Kürzungen bei Urlaubs- und Weihnachtsgeld usw. Diese Forderungen zielen alle auf eines ab, nämlich die Möglichkeit für Unternehmen, noch mehr Profite zu machen, zu verbessern. Arbeitsplatz wird dadurch kein einziger geschaffen.

Modellstaat Niederlande?

Als vielgelobtes Beispiel werden vor allem von Unternehmerseite immer wieder die Niederlande erwähnt. Dort sei es durch die notwendige „Flexibilität“ der ArbeitnehmerInnen gelungen, die Arbeitslosigkeit auf 5 % zu reduzieren. Doch diese Zahl kommt nur durch vielerlei rechnerische Tricks zustande. Selbst der Direktor des statistischen Planungsbüros gibt zu, daß man „eher von 20 als von 5 % sprechen muß“. So gelten z.B. die Hälfte der über 50-jährigen nicht mehr als Bestandteil des

Die lange und mühsame Geschichte der Arbeitszeitverkürzung

Vom 12 zum 6-Stunden-Tag

von **David Mum**
SOV Wien Süd

Der Kampf um die Dauer und Einteilung der Arbeitszeit ist seit der Entstehung der ArbeiterInnenbewegung eines ihrer zentralsten Elemente. Neben dem Lohnkampf trifft sie einen Kernbereich des Interessenskonflikts zwischen Unternehmern und ArbeitnehmerInnen. So ist die Forderung nach einer Verkürzung der Arbeitszeiten so alt wie die Gewerkschaftsbewegung selbst.

Der 1. Mai wurde Ende des 19. Jahrhunderts als Kampftag für den 8-Stunden-Tag weltweit organisiert. Der Kampf gegen die unerträglichen Arbeitsbedingungen, wo Arbeitszeiten von 12 bis 16 Stunden täglich die Regel waren, stellte eine erste Hauptaufgabe der ArbeiterInnenbewegung dar. In Österreich wurde der 8-Stunden-Tag in der revolutionären Situation nach dem 1. Weltkrieg errungen. Und so wie die anderen Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung, von 1918-1921, standen auch die kürzeren Arbeitszeiten auf der Abschußliste der Unternehmer und der Reaktion. Der austrofaschistische Ständestaat führte 1933 nach der Ausschaltung des Parlaments Verlängerungen der Arbeitszeit von Angestellten und Beschäftigten in

den Dienstleistungsbranchen durch. Die Nazis führten noch vor Beginn des 2. Weltkrieges wieder den 9-Stunden-Tag ein. Daraufhin wurde teilweise die „unbeschränkte Arbeitswoche“ legalisiert und die Länge der Arbeitszeit völlig dem Unternehmer anheimgestellt. In den Rüstungsbetrieben wurde oft 12 Stunden täglich gearbeitet - ganz abgesehen natürlich von den unglaublichen „Arbeits“-Bedingungen in den KZ's und den tausenden „FremdarbeiterInnen“.

Bedeutende Durchbrüche in der Senkung der Wochenarbeitszeit gelangten erst im langen Nachkriegsaufschwung: 1959 wurde die Arbeitszeit von 48 auf 45 Stunden pro Woche verkürzt. 10 Jahre später wurde ein Generalkollektivvertrag zur etappenweisen Verkürzung der Arbeitszeit von 45 auf 40 Stunden bis zum Jahr 1975 vereinbart.

Bis in die 70er Jahre war das Hauptmotiv für die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung die Hebung des Lebensstandards. Seit der Weltwirtschaftskrise 1974/75 steht die Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle ArbeitnehmerInnen im Vordergrund. 1987 beschloß der 11. ÖGB-Bundeskongreß einstimmig die Forderung nach der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich.

Die bisherigen Arbeitszeitverkürzungen wurden alle bei vollem Lohnausgleich durchgeführt, das heißt die Stundenlöhne wurden so angehoben, daß die ArbeitnehmerInnen keine Lohneinbußen hinnehmen mußten. Parallel zu den Arbeitszeitverkürzungen von 48 auf 45 und von 45 auf 40 Stunden wurden die Reallohn zwischen 1958 und 1975 verdoppelt.

Es zeigt sich daher, daß die Arbeitszeitverkürzung nicht in erster Linie davon abhängt, ob sie die Wirtschaft „verkräftet“, sondern wie das Kräfteverhältnis zwischen Gewerkschaft und Unternehmern liegt. Im EU-Vergleich hat bezeichnenderweise das wirtschaftlich stärkste Land, die BRD, die kürzesten Jahresarbeitszeiten. Eine weitere Arbeitszeitverkürzung steht längst an. Durch die Zunahme der Produktivität hat sich der Arbeitsdruck und die Arbeitsbelastung in den letzten Jahren enorm erhöht.

Die Tatsache, daß die 80er und frühen 90er Jahre von steigenden Beschäftigungs- und Arbeitslosenzahlen gekennzeichnet waren, zeigt, daß es mehr Leute als früher gibt, die auf den Arbeitsmarkt drängen bzw. auf ihn angewiesen sind, ohne daß es ein entsprechendes Angebot an Arbeitsstellen gibt.



Französische Arbeitslosen Demonstration

Am Beispiel Gastronomie wird deutlich, daß diese Maßnahmen, abgesehen von der Verschlechterung für die Beschäftigten, alles andere als jobwirksam wären: Wenn Lehrlinge (wie von Unternehmerseite gefordert) bis 23 Uhr arbeiten „könnten“, so gingen dadurch mindestens 3.000 Jobs verloren. Neueste Forderung der Wirtschaftskammer ist, daß der Urlaub jüngerer ArbeitnehmerInnen um eine Woche gekürzt werden soll. Die Arbeiterkammer schätzt, daß durch diese Maßnahme mindestens 15.000 Jobs verloren gehen würden.

Die Forderungen der selbsternannten „Arbeiterpartei“ FPÖ sind meist deckungsgleich mit jenen der Wirtschaftskammer. So forderte Haider

Arbeitsmarkts. Außerdem sind neu geschaffene Arbeitsplätze keine Normal-Arbeitszeit-Jobs, sondern unsichere Teilzeitjobs. Holland hat mit 40 % den höchsten Anteil an Teilzeitbeschäftigung von allen industrialisierten Staaten. Und diese „Mc Jobs“ bedeuten: unsichere Arbeitsverhältnisse, wenig bis gar keine Rechte und Ansprüche und miserable Bezahlung.

Frankreich und Italien

Der Druck aufgrund der Streiks bei Bahn, U- und S-Bahn in Frankreich im Oktober 1997 und die Proteste der Arbeitslosen haben dazu geführt, daß die Regierung Jospin eines ihrer Wahlversprechen einlösen mußte.

m Lohn- und Personalausgleich

Sie verabschiedete ein Gesetz über die Einführung der 35-h-Woche. Eine Arbeitszeitverkürzung, die allerdings mit allerlei Fallen und Hinterzügen gespickt ist, und mit der gleichzeitig weitere Deregulierungs- und Flexibilisierungsmaßnahmen durchgeführt werden. Dieses Gesetz soll nur für Betriebe über 20 Beschäftigte gelten. Unternehmer werden Subunternehmen gründen und so die ArbeiterInnenschaft aufteilen. Da die wöchentlich mögliche Arbeitszeit weiter bei 48 Stunden liegt, werden viele Unternehmer ihre Belegschaft einfach zu Überstunden verpflichten. Und weil Flexibilisierung weiterhin forciert wird, werden viele Firmen auf Teilzeit, Leiharbeit etc. ausweichen, was Deregulierung der Arbeitszeit und Verschlechterung der Arbeitssituation nach sich zieht. Weiters werden die Durchrechnungszeiträume verlängert, wodurch der Arbeitsdruck steigt. Dies alles gemeinsam mit der Tatsache, daß es keine verpflichtende Personalaufstockung gibt, wird dazu führen, daß die Arbeitslosigkeit nicht wirklich bekämpft werden wird - die Probleme werden durch dieses Gesetz nicht gelöst.

In Italien mußte die Regierung Prodi auf Druck der RC ("Reformkommunisten") ebenfalls einer 35-h-Woche zustimmen. Doch im Gegenzug schnürte sie ein Sparpaket, um die Maastricht-Kriterien erfüllen zu können. Und genauso wie in Frankreich soll die Arbeitszeitverkürzung (AZV) erst in ein paar Jahren wirksam werden, obwohl sie schon jetzt nicht ausreichen würde, allen Arbeitslosen eine Beschäftigung zu geben.

AZV ist Notwendigkeit

Weitergehende AZV wie der 6-h-Tag sind längst zur notwendigen Realität geworden. Wie das Beispiel Holland zeigt, ist Flexibilisierung kein Mittel gegen Arbeitslosigkeit, im Gegenteil. Das einzig wirksame Mittel ist die Arbeitszeitverkürzung. Die französische Nationalbank schätzt, daß durch die Einführung der 35 h-Woche 700.000 zusätzliche Jobs geschaffen werden können. Und eine Studie des deutschen Wirtschafts- und Forschungsinstitutes von 1993 berechnete, daß eine Reduktion der wöchentlichen Arbeitszeit um 3 Stunden 1,7 Millionen Jobs brächte. In Britannien brächte die 35-h-Woche rund eine Million Jobs. Die Frage, die sich stellt, ist, wie eine Arbeitszeitverkürzung aussehen muß, um die Massenarbeitslosigkeit wirklich bekämpfen zu können.

Voller Lohn

Die Hauptforderung ist klar: Trotz Verkürzung der Arbeitszeit muß weiter der volle Lohn bezahlt werden! Das Argument der Unternehmer, daß dies unfinanzierbar sei und sich negativ auf Investitionen auswirken würde, ist erstens falsch und zweitens leicht zu entkräften: Denn ob-

wohl (auch ohne Arbeitszeitverkürzung) in den letzten Jahren die Reallöhne gesunken sind (Deutschland seit 1991 -4,7%, Österreich 1996 -2,2 und 1997 -2,0%) und auch der Lohnanteil an den Produktionskosten ständig sinkt (z.B. in Frankreich in den letzten 10 Jahren von 69 auf 60%), stiegen die Investitionen nicht. Der einzige Bereich, in den massiv Geld gesteckt wird, ist der Finanzsektor. Und ein Blick auf die Gewinnentwicklung der letzten Jahre straft jede Behauptung der Unfinanzierbarkeit Lügen: Semperit, OMV - überall satte Gewinne und trotzdem Personalabbau. Es ist nicht akzeptabel, wenn Profite und nicht die Bedürfnisse der Menschen im Mittelpunkt stehen.

Daß durch AZV mit Lohnverzicht keine Jobs geschaffen und auch keine bestehenden Arbeitsplätze gesichert werden, zeigt das Beispiel des deutschen VW-Modells. Dort wurde 1994 mit viel Medienrummel die 28,8-h-Woche bei 20 %igem Lohnverzicht eingeführt. Dafür wurde eine Arbeitsplatzgarantie vereinbart. Doch die 28,8 Stunden stehen nur auf dem - bekanntlich geduligten - Papier. 1997 wurden ca. 11 Mio. Überstunden gemacht! Daher betrug z.B. im Werk Hannover die wöchentliche Realarbeitszeit 35,6 Stunden. Torsten Wenderoth, Vertrauensmann im VW-Werk Kassel und Mitglied der SAV, der deutschen Schwesterorganisation der SOV, faßt die Verschlechterung der Arbeitssituation zusammen: "Faktisch haben wir die 7 Tage Woche. Die Kolleginnen und Kollegen müssen kurzfristig bereit sein am Wochenende zu arbeiten, ein geplanter Wochenendausflug mit der Familie fällt da öfters mal ins Wasser." Für die nächsten fünf Jahre strebt VW eine Produktivitätssteigerung um 35% an, wodurch der Arbeitsdruck auf die Belegschaft weiter ansteigen wird. Trotz Rekordgewinn



ÖGB-Vorstandsmann schaut weg

von 56 Milliarden Schilling in den letzten zwei Jahren sollen 15.000 Arbeitsplätze abgebaut werden. Die Beschäftigungsgarantie wird umgangen, indem z.B. pensionsbedingt freierwerbende Stellen nicht nachbesetzt werden.

Das Beispiel macht Schule. Bei Uniroyal (Teil des Conti-Konzerns)



Euromarsch-Demonstration in Amsterdam (Juni 1997), der Block des CWI

in Herstal/Belgien wurde mit Androhung auf Werkschließung die 32-h-Woche mit Lohnverzicht erzwungen und gleichzeitig Arbeitsplätze abgebaut. Und in Schwerin wurden die KollegInnen in den Kindertagesstätten gezwungen, eine 30-h-Woche ohne Lohnausgleich hinzunehmen - und das, obwohl dadurch kein einziger Job geschaffen wurde.

Die Gewerkschaften fordern zwar Arbeitszeitverkürzung, sind aber weitgehend bereit, Lohnverzicht zu akzeptieren. Sie sind in Standortlogik und kapitalistischen "Sachzwängen" so verhaftet, daß sie keine Alternativen sehen. Und obwohl GPA-Vorsitzender Sallmutter sich in seinen Forderungen von der sonstigen ÖGB-Spitze oft positiv abhebt, gibt es doch keinerlei Bereitschaft, den Kampf für eine AZV bei vollem Lohn zu organisieren.

Voller Personalausgleich! Gegen Flexibilisierung!

Der deutsche ÖTV-Vorsitzende Mai (Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, Transport, Verkehr) fordert „Solidarität mit den Arbeitslosen“. Doch hinter solchen Lösungen, die auf den ersten Blick gar nicht so schlecht klingen, verbirgt sich oft die „Logik“ der Unternehmer, die gegen eine Umverteilung durch Lohnverzicht unter den Arbeitnehmern ganz und gar nichts einzuwenden haben. Die Profite der Unternehmer würden dadurch nicht angetastet werden. Ganz abgesehen davon, daß durch Sparpakete und Null-Lohnrunden der finanzielle Druck auf ArbeitnehmerInnen in den letzten Jahren enorm gestiegen ist. Für viele würde Lohnverlust bedeuten, daß sie mit einem Job alleine ihr Leben nicht mehr finanzieren könnten. Richtige „Solidarität“ mit Arbeitslosen kann nur den Kampf für AZV bei vollem Lohn bedeuten. Beschäftigungssicherung darf nicht gegen Einkommenssicherung ausgespielt werden.

Genauso wichtig wie die Weiterzahlung des Lohns ist voller Personalausgleich. Denn wenn nicht in gleichem Maße wie die Arbeitszeit verkürzt wird neue ArbeitnehmerInnen aufgenommen werden, reduziert das nicht die Arbeitslosenzahlen. Außerdem würde die Produktivitätssteigerung mit gleicher Beschäftigtenzahl bedeuten, daß in weniger Zeit genauso viel wie vorher gearbeitet werden müßte. Eine solche Verschlechterung der Arbeitssituation ist natürlich abzulehnen.

Ein weiterer Schritt ist der Kampf gegen Flexibilisierung, auch gegen bereits wirksame Maßnahmen. Denn Arbeitszeitverkürzung bei gleichzeitiger Flexibilisierung, würde die positiven Effekte der AZV untergraben. Statt neue Normalarbeitsplätze zu schaffen, würden einfach Teilzeikräfte eingestellt. Niedriglöhne wären die Folge und die Chance auf bessere Lebensbedingungen durch kürzeres Arbeiten bei gleichzeitiger Existenzabsicherung verfallen.

Unrealistisch???

Von Seiten der Gewerkschaft hört man dauernd, daß man mit seinen Forderungen „am Boden der Realität“ bleiben soll. Doch, so scheint es, ist mit diesem Boden nur jener gemeint, auf dem Profite blühen und gedeihen. Und abgesehen davon haben die Vorstöße der österreichischen Regierung der letzten Jahre deutlich gezeigt, wie „realistisch“ offizielle Maßnahmen sind: Mit einem „9 Punkte-Programm für mehr Arbeitsplätze“ wollte Bundeskanzler Klima Anfang 1997 die Arbeitslosigkeit bekämpfen. Mit „Standortvorteilen“ für Unternehmen und „Technologieoffensive“ wollte er punkten. Ergebnis: Die Arbeitslosigkeit in Österreich ist unverändert hoch und weiter im Steigen begriffen.

Bezüglich der Realisierbarkeit von Forderungen ist entscheidend, wie

das Kräfteverhältnis zwischen ArbeiterInnen und Unternehmern ist. Denn Faktum ist, daß uns in Zeiten von Sparpolitik und Sozialabbau alle - auch die Gewerkschaftsbürokratie - weis machen wollen, daß Verbesserungen nicht möglich sind. Doch die französischen LKW-Fahrer haben aufgrund ihres anhaltenden Drucks erreicht, daß das Pensionseintrittsalter auf 55 Jahre gesenkt wird. Und niemand hätte trotz der Wahlversprechen von Jospin geglaubt, daß es - bei allen Vorbehalten - wirklich zu einem Gesetz über die 35-h-Woche und dadurch zu einer europaweiten Diskussion kommt. Doch das war nur aufgrund des Drucks in den Betrieben und auf der Straße möglich. Und diesen müssen wir in Österreich, in ganz Europa erzeugen.

Wie den Druck erzeugen?

Genausowenig wie Arbeitslosigkeit fällt auch nicht der Kampf dagegen vom Himmel, sondern muß organisiert werden. Dabei haben uns die letzten Jahre gezeigt, daß wir uns nicht mehr nur auf die Gewerkschaften verlassen können. Bündnisse wie die „Aktion 98“ sind dafür ein Schritt in die richtige Richtung, denn sie streben eine Vernetzung und Koordination der Arbeitslosen, ArbeitnehmerInnen, linker Gruppierungen und GewerkschafterInnen an. Unser Beitrag dazu ist eine Kampagne für den 6-Stunden-Tag - bei vollem Lohn- und Personalausgleich - über das ganze Jahr 1998. Dazu gehören wöchentliche Kundgebungen, Infotische, das Sammeln und die Übergabe von mindestens 3.000 Unterschriften an das Sozialministerium mit der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung und eine möglichst breite Demonstration im Dezember anlässlich des EU-Gipfels in Wien. Sich zurückzulehnen und auf andere zu hoffen ist das falsche Konzept, es ist Zeit, selbst aktiv zu werden und sich zu beteiligen.

JES-„Jugendvolksbegehren“

Say No To JES!

Derzeit wird an den österreichischen Hochschulen mit Hilfe eines ominösen Jugendvolksbegehrens um Stimmen geworben. Initiiert wird dieses von der „JES“. Einer christlich-konservativen StudentInnengruppe mit monarchistischem Touch.

Von Romana Felix
SOV Wien West

Die JES (Junge Europäische Studenteninitiative) stellt Konservatismus und Christentum in den Vordergrund ihres politischen Selbstverständnisses, intern bekennen sie sich mehr oder minder unverhohlen zum Erbe des Austrofaschismus. Weitere wichtige Punkte sind die Landesverteidigung, das Recht auf Besitz und Eigentum sowie die soziale Marktwirtschaft, deren Grundlage (wenigstens laut JES) ua unternehmerische Leistung und Risiko sind.

Auf Hochschulebene ist das vorrangigste Ziel die Entpolitisierung der ÖH und um der Kampf gegen die Linke. Aber die JES hat den Studierenden noch so manches „Zuckerl“ zu bieten. Etwa SIP, das „Studieninvestitionen Programm“, welches fol-

gendermaßen aussieht. Jeder StudentIn zahlt pro Semester einen Betrag in einen Fond ein, welcher das Geld verwaltet und gewinnbringend anlegt. Schließt man in Mindeststudiendauer (plus maximal 1 Semester) ab, erhält man das Geld zurück. Ab dem 3. Semester über der Mindeststudiendauer verliert man den Semesterbeitrag für das laufende Semester sowie das Anrecht auf den bereits zur bereitstehenden Betrag. Ab diesem Zeitpunkt verliert der Student also real ÖS 10.000,-. Studienabbrecher verlieren ihr Anrecht auf das von ihnen eingezahlte Geld. Die ganze Geschichte wird von der JES als „Ansparmodell“ verkauft, welches den Studierenden nach Beendigung des Studiums vor „ernsthaften finanziellen Problemen bewahren soll“. Hievon kann keine Rede sein. Man bekommt

ja im günstigsten Fall das Geld wieder heraus



Zinsen, denn diese sackt der Fond ein. Ein Großteil der Studierenden ist auf eine berufliche Tätigkeit neben dem Studium angewiesen. Nun müßte man/frau noch mehr nebenbei arbeiten um zusätz-

lich noch den Semesterbetrag von ÖS 5000,- berappen zu können. Die Studienzeit darf sich dabei aber ja nicht verlängern, denn sonst bekommt man vom „Ansparmodell“ nur mehr einen Bruchteil. JES erklärt uns dennoch die Vorteile dieses Modells: z.B.: Eine Verringerung der Studentenzahlen! Nun das allerdings - vor allem sozial Schwache hätten so praktisch Hochschulsperre. Das derartige Vorschläge von einer Studenteninitiative kommen erscheint verwunderlich. Wenn man weiß wer die JES finanziert (Industriellenvereinigung, Raika NÖ), wird alles klar.

Das derzeit laufende „Jugendvolksbegehren“ geht in dieselbe Richtung. Die Forderungen: * Keine weiteren Schulden auf Kosten der zukünftigen Generation. * Steuerliche Begünstigung der Eigenvorsorge. * Verstärkte Investition in die Bereiche Forschung, Bildung, Entwicklung. * Keine Studiengebühren und Schulgelder, Festlegung von Höchststudienzeiten. * Anhebung der Anfangsbezüge im privaten und öffentlichen

Bereich, bei gleichzeitiger Abflachung der Einkommenskurve im Alter.

Der erste Punkt fordert defacto neuerliche Belastungspakete. Insgesamt wird eine Umverteilung zwischen den Generationen und nicht zwischen Oben und Unten gefordert - ein billiges Täuschungsmanöver, daß die wahren Eigentums- und Reichtums-Verhältnisse in unserer Gesellschaft verschleiern soll. Während die JES hier gegen die Einführung von Studiengebühren ist, verlangt sie in ihrem SIP-Papier genau jene einzuführen, denn das „Ansparmodell“ ist nichts anderes. Verherrlichung der Eigenvorsorge heißt, daß sich der Staat aus seiner Verantwortung zieht und das Risiko auf den Einzelnen abgewälzt wird. Geht eine private Versicherungsgesellschaft in Konkurs gehen, - Pech für die Einzahler.

Fazit: Wer dieses Jugendvolksbegehren tatsächlich unterschreibt, ist entweder nicht ganz klar im Kopf und/oder JES'ler.

In eigener Sache

Unser Spendenkonto: PSK 8812.733

Wofür wir kämpfen

Nein zu jedem Sozialabbau!
Für eine Umverteilungsoffensive von oben nach unten!

- ☐ Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen - bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- ☐ Sofortige Einführung eines Mindestlohnes von öS 13.000,- netto.
- ☐ Kampf der Arbeitslosigkeit durch sofortige Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- ☐ Für eine Ausbildungsoffensive. Keine Kürzungen im Bildungsreich.
- ☐ Nein zur Wohnungsnot! Enteignung der Spekulanter!
- ☐ Für einen echten Kampf gegen die Umweltzerstörung. Das bedeutet Kampf dem Verursacher,

der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko“-Steuern, die in Wirklichkeit nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.

Nein zur Spaltung von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen

- ☐ Wir kämpfen für die volle politische, soziale und gesellschaftliche Gleichberechtigung aller ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen.
- ☐ Schluß mit der doppelten und dreifachen Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.
- ☐ Entschlossener Kampf dem Rechtsextremismus. Für die volle politische und soziale Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen. Weg mit allen rassistischen Gesetzen! Den Kampf dafür müssen aus- und inländische ArbeitnehmerInnen und Jugendliche selbst führen.

NATO) - gegen die Errichtung eines Berufsheeres - für die Auflösung aller stehenden Einheiten.

- ☐ Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, insbesondere im Jugend-, Arbeitnehmerschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.
- ☐ Nein zur Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Nein zur Wirtschaftsdiktatur der Unternehmer. Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle der ArbeitnehmerInnen.
- ☐ Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.

Für Sozialismus international

- ☐ Nein zur kapitalistischen EU. Sozialismus international auf gleichberechtigter, demokratischer

TERMINE

- 17.4. „MAI - das Multilaterale Abkommen für Investitionen: Geheim und Gefährlich“ OG Wien Nord
- 18.4. „Arbeitszeitverkürzung - der Weg aus der Arbeitslosigkeit!“ Regionalgruppe OÖ
- 21.4. Film über Großkapital und Faschismus: „Blut und Eisen“ OG Wien West
- 21.4. „Arbeitszeit verkürzen sofort“ OG Wien Süd
- 27.4. „Frauen, die ihre Männer ermorden - und warum sie das tun“ FrauenStammtisch (MITTWOCH!)
- 29.4. „Jugendarbeitslosigkeit mit ÖGJ-Vertretern“ OG Wien Mitte

Ortsgruppen der SOV

Du willst nicht nur unsere Zeitung lesen, sondern mit uns diskutieren?
Komm in eine SOV-Ortsgruppen oder ruf uns an: 0222/524 63 10

Wien

Ortsgruppe Wien Süd:

jeden Dienstag 19 Uhr
4; „TU-Club“.

Paniglgasse

Ortsgruppe Wien West:

jeden Dienstag 19.30 Uhr
„Club International“

16; Payergasse 14

Ortsgruppe Wien Nord:

jeden Freitag 19.30 Uhr
„Cafe Spectrum“

2; Arnezhofergasse 8

Ortsgruppe Wien Mitte:

jeden Mittwoch 19 Uhr
7; „Amerlinghaus“ Stüftg.8

GewerkschaftsStammtisch:

Termine nach Rückfrage
„Zentrum Erdberg“;

3; Lechnerstr.2-4

FrauenStammtisch

jeden 2. und 4. Montag im Monat,
„Zentrum Erdberg“; 19 Uhr
3; Lechnerstr.2-4

Oberösterreich - Wels

jeden Samstag 14 Uhr
„Hotel Kijew“ Stelzhamerstraße

Niederösterreich - Wr. Neustadt

Cafe Einhorn, Singergasse
Termine bei der Redaktion

Kampffonds aktuell



von Albert Kropf

32 %

Unsere politische Arbeit kostet Geld. Der Kampffonds gibt unsere Einnahmen wieder. Auf dem Thermometer wird jener Anteil des Gesamtzieles aufgezeigt, den wir erreicht haben.

Ziel März und April: 40.000 öS
Besondere Verkauf: Vor der Uni haben wir anlässlich des Erscheinens der Kommunistischen Manifeste vor 150 Jahren rund 100 Exemplare dieses „aktuellen Klassikers“ verkauft. Übrigens - jetzt Vorwärts abonnieren. Denn: Wir schreiben, was andere nicht schreiben dürfen!

Jetzt aktiv werden!

Die Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV) ist eine neue revolutionäre und sozialistische Organisation von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen. Die SOV kämpft gegen Sozialabbau, Dritte Republik und für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung - für Sozialismus!

- Die SOV interessiert mich, ich möchte:
- o zu Veranstaltungen eingeladen werden
- o Mitglied der SOV werden

Die SOV ist Mitglied des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale (KAWI), das in über 30 Ländern vertreten ist.

VORWÄRTS abonnieren!

- sozialistisch
- antifaschistisch
- international

Jeden Monat neu:

Wir schreiben, was andere nicht schreiben dürfen!

Ja, Vorwärts interessiert mich, ich möchte:

- o ein Normal-Abo (10 Nr. öS 200,-)
- o ein Sozial-Abo (10 Nr. öS 100,-)
- o Gewerkschaftszeitung „Die Einheit“ (Jahresabo 4 Nummern öS 100,-)
- o „Stk Vorwärts zum Weiterverkaufen“ (Bezahlung erfolgt nach Verkauf)



RDEN!



**Neues
aus dem
CWI**

Die SOV ist Mitglied des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale (KAI)/ Committee for a Workers' International (CWI), das in über 30 Ländern vertreten ist.

Frankreich

Wahlsieg für Linke

Die französische Schwesterorganisation der SOV, Gauche révolutionnaire (GR), hat bei den letzten Wahlen kandidiert. Der Kandidat in Amiens erhielt 2,6 % (236 Stimmen), jener in Rosny bei Paris 2,58 % (278 Stimmen). Im Bezirk Seine-Maritime bei Rouen kandidierte GR gemeinsam mit drei anderen Organisationen (Voix de travailleurs, LCR, ART) in einem Wahlbündnis das 1,72 % (über 8000 Stimmen) erhielt. Auch insgesamt gab es bei diesen Wahlen beachtliche Erfolge für die Linke. Landesweit verbuchten die verschiedenen Organisationen - links von SP und KP - 4,3 %, in einigen Regionen aber bis zu 10 %. Der höchste Anteil für die Linke kam aus ArbeiterInnenbezirken, bei den unter 25-jährigen wählten 8 % „trotzkistische“ Organisationen. Die gesellschaftliche Polarisierung drückt sich in diesen Ergebnissen und der Tatsache, daß sich die Nationale Front bei über 15 % halten konnte, aus.

Irland

Erfolg bei

Nachwahlen in Dublin

Bei den Nachwahlen in Dublin North erhielt die Kandidatin der Socialist Party (der irischen Schwesterorganisation der SOV) Clare Daly 2692 Stimmen (8 %). Im Bezirk Swords, wo Clare am besten verankert ist, erhielt sie sogar knapp 18 %. Clare, die bei Aer Lingus, der irischen Fluglinie am internationalen Flughafen in Dublin Betriebsrätin ist, unterstützte den Arbeitskampf der Ryanair ArbeiterInnen. Diese waren im Jänner dieses Jahres in den Streik getreten, um gegen die schlechten Arbeitsbedingungen, den steigenden Streß und die Gewerkschaftsfeindliche Haltung der Unternehmer zu protestieren. Clare wurde häufig als die „Flughafen Kandidatin“ bezeichnet - was sich auch im Wahlergebnis widerspiegelt.

Sri Lanka

Vereinigte

Sozialistische Partei gegründet

Im März dieses Jahres wurde in Sri Lanka die „United Socialist Party“, gegründet. Eine Organisation die gegen die Ausbeutung in den Freihandelszonen ebenso kämpft wie für den gemeinsamen Kampf der tamilischen und der singalesischen ArbeiterInnenklasse.

Kosovo

Neuer Krieg am Balkan?

Die jüngsten Zusammenstöße zwischen Regierung und Kosovo-AlbanerInnen lassen einen neuen Krieg am Balkan befürchten. Sowohl Milosevic, wie auch die wesentlichen Regierungen verwehren der 90prozentigen albanischen Mehrheit in der Region eines: Das Recht auf nationale Selbstbestimmung.

von Nicole Huy-Prech
SOV Wien Süd

1987, als der jugoslawische Präsident Stambolic seine „rechte Hand“ Milosevic in den Kosovo schickte, entfachte er einen Flächenbrand. Als die Polizei am 24.4.87 gegen die aufgebrauchte Menge serbischer Nationalisten einschritt, forderten die Demonstranten Milosevic auf, etwas gegen die Unterdrückung der serbischen Minderheit zu tun. Auf die Rufe „Sie schlagen uns!“ erwiderte er: „Niemand darf euch schlagen“. So nahm der Mythos Milosevic seinen Anfang. Doch er basiert auf einer Lüge. Die serbischen Fernsehstationen hatten nie die Provokationen der Nationalisten gezeigt, welche zum Einschreiten der Polizei führten.

Zurück in Belgrad ließ Milosevic den Präsidenten Stambolic abwählen und setzte zunehmend auf ein großserbisches Reich. Er schickte die jugoslawische Volksarmee in den Kosovo, um die Kosovo-AlbanerInnen ruhig zu halten. Gleichzeitig wurden Nationalisten auf eine Demonstrationsschreckreise durch Serbien geschickt. Sie bekamen Verköstigung und die Chance, umsonst durch Serbien zu reisen. Das einzige was sie tun mußten, war in der Wojwodina,

in Belgrad und in Montenegro zu demonstrieren. Anfang 1989 verloren Montenegro und die Wojwodina ihre Autonomie. Den Kosovo-AlbanerInnen wurden offiziell sämtliche Rechte genommen. Aber sie bildeten einen Schattenstaat mit eigenen Schulen und Krankenhäusern. In einer Volksbefragung sprach sich die Mehrheit der AlbanerInnen für Unabhängigkeit aus. Der „Führer“ der Kosovo-AlbanerInnen Rugova erklärte dieses Ziel friedlich durchsetzen zu wollen und stellte auch nicht die starke militärische Präsenz der „Serben“ in Frage. Der halblegale Status quo wurde bis jetzt von der Milosevic-Regierung - wegen des Bosnienkriegs - geduldet.

Wieder Zusammenstöße

Die neuerlichen Kämpfe sind Auswirkungen der jahrelangen Repressionen, denen die Kosovo-AlbanerInnen durch die Serbenmilizen ausgesetzt waren und sind. Der Versuch der friedlichen Verhandlungen ist offensichtlich gescheitert. Nicht zuletzt auch wegen der Ansiedlung von serbischen Flüchtlingen aus den umkämpften Gebieten in Kroatien und Bosnien, durch die die serbische Regierung die Position der Nationali-



Zigtausend Kosovo-AlbanerInnen demonstrieren gegen Milosevic

sten im Kosovo stärken will.

Die albanische Mehrheit fühlt sich mehr und mehr verkauft und verraten. Immer stärker ist der Zustrom zur UCK, der Albanischen Befreiungsarmee. Präsident Rugova hat kaum mehr Einfluß. Er ist äußerst „kompromißbereit“ und würde am liebsten alles am Schreibtisch klären. Aber die AlbanerInnen wollen sich nicht mehr die Söhne, Väter und Ehemänner nehmen lassen. In einigen Fällen wurden selbst Kinder als mutmaßliche Terroristen hingerichtet. Von Europa und den USA können die AlbanerInnen keine Hilfe erwarten. Der französische Verhandler Gelbard sagte sogar öffentlich, daß der Kosovo ein wesentlicher Bestandteil der Bundesrepublik Jugoslawien und das die UCK eine terroristische Organisation sei. Damit gab er dem jugoslawischen Präsidenten

Milosevic grünes Licht mit der Unterdrückung der AlbanerInnen fortzufahren. Deutschland schickt immer noch AlbanerInnen, die während des Krieges kamen, zurück in ihre Heimat - es bestehe keine Gefahr für die Heimkehrer, heißt es. Die USA und Europa wollen nicht handeln. Es liegt nicht in ihrem Interesse, aus dem Kosovo einen unabhängigen Staat werden zu lassen.

Doch es reicht nicht aus, nur die Selbstbestimmung im Kosovo zu fordern. Die sozialen Unterschiede werden dadurch nicht gelöst. Dazu braucht es eine Arbeiter- und Kleinbauernbewegung aller Nationalitäten. Nur so können neuerliche ethnische Säuberungen und ein Krieg am Balkan, der sich auch auf die Nachbarländer Albanien, Mazedonien, Griechenland und die Türkei ausdehnen könnte, verhindert werden.

Droht der Slowakei eine Diktatur

Meciar will die ganze Macht

Nur 60 Kilometer von Wien - in Bratislava - fand Ende März die größte Demonstration seit dem Fall des eisernen Vorhangs statt. Über 40.000 Menschen demonstrieren gegen die Allmachtsansprüche von Premierminister Meciar. Dieser brüht inzwischen an großwahnsinnigen Projekten: Die Hauptstadt soll in die Zentralslowakei verlegt werden.

von John Evers
SOV Wien Mitte

Die Diskriminierung der 400.000 Angehörigen der ungarischen Minderheit und der Roma stehen in der Slowakei ebenso auf der Tagesordnung, wie Zensur und umtriebige Geheimdienstaktivitäten. Meciar „Bewegung für eine demokratische Slowakei“ versuchte sich durch ein neues Wahlgesetz Mehrheiten zu sichern und setzt gleichzeitig auf die nationalistische Karte. Durch das Auslaufen der Amtsperiode von Präsident Kovac wurde zwar der Dauerkonflikt zwischen Präsident und Premier gelöst, gleichzeitig wurde so aber ein Machtvakuum geschaffen, denn das komplizierte parlamentarische Verfahren machte es bis jetzt unmöglich einen NachfolgerIn zu bestellen. Meciar vereinigt nun „intrimsmäßig“ die gesamte Macht in seiner Hand und will sie offensichtlich auch mit allen Mitteln verteidigen. Christ- und Sozial- Demokraten laufen dagegen Sturm. Tatsächlich steht hinter dem Konflikt zwischen Meciar und der „demokrati-

schen“ Opposition ein Richtungsstreit der neuentstandenen Bourgeoisie um die zukünftige Orientierung der Slowakei. Unter Meciar wurden die alten Staatsbetriebe an alte Bürokraten und Parteigänger seiner „Bewegung“ verschoben. Eine anonyme Mafia dominiert die offiziell privatisierte Wirtschaft, die aber bis zum heutigen Tage nicht einmal die Raten für ihre Anteile an den Industriebetrieben bezahlt hat. Die neuen Herrscher konservierten gewisse ökonomische Strukturen, bei gleichzeitiger Abschaffung der staatlichen Rahmenplanung - ein ökonomisch äußerst instabiles Geflecht. Die herrschende Schicht setzt auf Abschottungspolitik, Schutzmaßnahmen für den slowakischen Markt und nationalistische Propaganda.

Pro-westliche Opposition

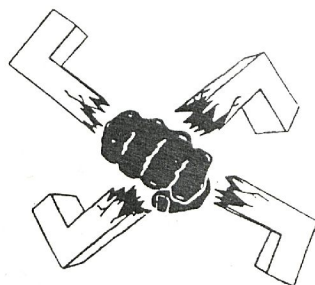
Dem gegenüber steht die „Opposition“, die dem Auslandskapital verpflichtet ist und so schnell wie möglich die Slowakei an EU und NATO anbinden möchte. Die Ablehnung von Meciar in der Bevölkerung



Demonstrant mit Meciar-Maske in Bratislava!

wächst - seine Regierung würde bei regulären Wahlen laut Umfragen keine Mehrheit erhalten. Zurückzuführen ist das aber nicht nur auf seine Machtansprüche, sondern auch auf die katastrophale soziale Lage: Über 40 Prozent der Bevölkerung gelten als arm oder extrem arm, zwei Drittel verdienen weniger als öS 2.500,- pro Monat. Die Arbeitslosigkeit liegt offiziell bei rund 14 Prozent. Die Verschuldung - vor allem durch die finanzielle Lage der Großbetriebe - stieg im Vorjahr um 40 Prozent. Für 1998 sagt das Londoner CUI-Institut eine Drosselung des

Wachstums auf 2% (1997: 6,5%) und eine Abwertung der Krone um 25 Prozent voraus. Unser Nachbarland entwickelt sich zum Pulverfaß, Proteste und Repression werden in dieser instabilen Situation weiter zunehmen. Tragisch ist, daß es wenige Ansätze einer sozialistischen Gegenkraft gibt. Die Partei der demokratischen Linken (SDL-„Reform-KP“) marschiert relativ unkritisch mit der „demokratischen Opposition“, während die „Vereinigung der Arbeiter der Slowakei“ (ZRS) einen eher nationalistischen Kurs fährt und Meciar unterstützt.



Achtung Rechtsextreme!

1998 ist ein Jahr der Superlative, was rechtsextreme Aktivitäten betrifft. Die Revolution von 1848 soll dazu herhalten, die Burschenschafter vom Mief des Rechtsextremismus reinzuwaschen. Mit von der Partie (wie könnte es anders sein): Jörg Haider und die FPÖ!

von Harry Mahrer
SOV Wien West

In der ersten Hälfte 1998 finden zahlreiche Veranstaltungen im Gedenken an die Revolution von 1848 statt. Ein beachtlicher Anteil dieser Aktivitäten geht von Rechtsextremisten aus. Seit Monaten beschäftigen sich die Szeneblätter „Aula“ und „Zur Zeit“ ausführlich mit den „48ern“. Den Reigen der Selbstinszenierung eröffnete die FPÖ mit einem Symposium Anfang März. Die Hauptredner: Brauneder und Haider.

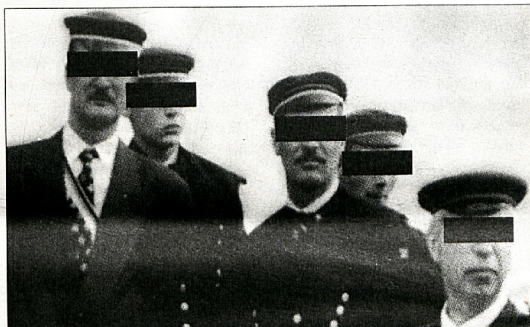
Reaktionäre als Revolutionäre?

Den Höhepunkt der Selbstbeweihräucherung soll der Revolutionskommers der rechtsextremen Burschenschaften am 16. Mai in der

Wiener Hofburg bilden. Wie Haider beschwören auch die Burschenschaften die Einheit im Kampf zwischen nationalen Studenten und Arbeitern 1848 und daß, wie damals auch heute, die Befreiung der „kleinen Leute“ von rechts kommen wird. Ebenso wie heute die FPÖ dem sozialen Fortschritt diametral entgegensteht, standen damals die Burschenschaften gegen die soziale Befreiung der ArbeiterInnen. Während die Sicherheitskräfte des Regimes Wiener ArbeiterInnen niederschossen, diskutierte die Studenten lieber über den besten Weg zur deutschen Einheit. In späteren Phasen standen die Waffenstudenten sogar selbst auf der anderen Seite der Barrikade. Wenn sich Reaktionäre als Revolutionäre und Rechtsextreme als Demokraten verkaufen wollen, ist Vorsicht mehr als

angebracht.

Die Burschenschafter bleiben trotz aller Verschleierversuche das zentrale Element im österreichischen Rechtsextremismus. Sie betreiben die beiden großen Medien der Rechtsextremen: Die „Aula“ und Mölzers neues Wochenblatt „Zur Zeit“. Die Burschenschaften durchsetzen nahezu alle großen (und auch kleineren) rechtsextremen Organisationen in Österreich. Das prominenteste Beispiel ist die FPÖ selbst. Die Führungsspitze ist in fester Hand deutscher Recken: Von Haider über Stadler bis Pawkowicz sind viele Funktionäre aus schlagenden Verbindungen. In führenden Positionen finden sich Vertreter der selbsternannten „deutschen Elite“ auch in der wichtigsten Organisation des Deutschnationalismus und Rechtsextre-



Burschenschafter: Bindeglied zwischen FPÖ und Neonazis

mismus (laut Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands) - dem „Österreichischen Turnerbund“.

„Bomben“-Burschen

Doch nicht nur rechtsextreme Funktionäre haben die Burschenschaften zu bieten, sondern auch Terroristen und Schlägertypen. Im Südtirolerterror spielten die Brixia Innsbruck und die Olympia Wien die zentrale Rolle (letztere wurde deshalb sogar verboten). Nach den Kommers 94 in Innsbruck und 96 in Graz wurden OrganisatorInnen der Gegenaktionen krankenhaushausreif geprügelt. In Graz wurde ein Lokal des KSV zerlegt, in Wien wurden JRE-AktivistInnen just am Jahrestag der Novemberpogrome von Olympien attackiert und verletzt (Vorwärts berichtete).

Gegen Rechtsextremismus

Mit größtem Interesse werden unsere Kampagnen gegen die Burschenschaften und gegen den ÖTB (Vorwärts berichtete) in den rechten Zeitungen beobachtet. So brachte es JRE in der Aula auf 5 Seiten „Berichterstattung“ (das Vorwärts-Cover zum Thema wurde ebenfalls abgebil-

det), in der „Zur Zeit“ sind wir bereits Dauerthema. Sogar das skurrile Burschblatt „Borussenecho“ ließ es sich nicht nehmen, unsere Kampagne zu verteufeln. Das zeigt: Wir haben gute Arbeit geleistet!

Nun gilt es nicht lockerzulassen, sondern den Druck zu erhöhen. Als die nächsten Höhepunkte unserer Kampagne gegen die Burschenschaften wird es die traditionelle Demonstration am 20. April geben, die heuer vor die Bude der Olympien führt. Die Aktionen gegen den Kommers am 16. Mai werden in einem „Bündnis antinationaler Gruppen“ (BANG!) vorbereitet, an dem sich auch JRE maßgeblich beteiligt.

Aktionen gegen Rechts

Demo: Stoppt die Rechten!
Stoppt die Burschenschafter!
20. April um 17.00, Stephansplatz

Demo gegen den Kommers
16. Mai um 18.00, Unirampe

Veranstaltung:
„Die Burschenschaften und 1848“
24. April um 19.00, Rotpunkt
5., Reinprechtendorferstraße 6

SchülerInnen: Niemals vergessen!

von Tanja Böhm
SOV Wien Nord

März 1938 - Jahrzehntlang wurde Österreichs Rolle als die des ersten, unschuldigen Opfers Hitlers propagiert. Auch heute noch kann man höchstens verhallmündende „Mitschuldbeckenkenntnisse“ hören. Über Austrofaschismus, geschweige denn die in logischer Konsequenz des Opfermythos höchstens halberzogene Entnazifizierung und Entschädigung der tatsächlichen Opfer, wird gänzlich geschwiegen.

Um einen eindeutigen Gegenpol zu setzen veranstalteten SOV und JRE im März gemeinsam Diskussionen, Arbeitskreise und einen Gedenkpaziergang mit einer Widerstandskämpferin.

Außerdem wurde in zwei Wiener Schulen, der AHS Glasergasse und der AHS Unterberggasse, das Projekt „Antifaschistische Woche“ durchgeführt. Mehrere Tage standen den SchülerInnen für ein buntes Programm zur Verfügung: Arbeitskreise (Was ist Faschismus?, Frauen im NS, Neue Rechte, Schule 38,...), mehrere Exkursionen, Diskussionen mit ZeitzeugInnen, Straßeninterviews (SchülerInnen befragten ältere Menschen zu 38) und Filme.

Das Projekt wurde von Lehrseite unterschiedlich angenommen. In der AHS Glasergasse gab es breite Zustimmung und Unterstützung, während LehrerInnen der AHS Unterberggasse schon im Vorfeld den SchülerInnen ihren Unmut über „vergeudete Stun-

den“ deutlich kundtaten und einige das Projekt boykottierten. Einer störte die Eröffnungsveranstaltung und versuchte die SchülerInnen zu demotivieren indem er ihnen die angeblich horrenden Kosten (Steuergehalte!) des entfallenen Unterrichtes vorrechnete.

Die „Antifaschistische Woche“ war in beiden Schulen ein gelungenes Projekt. An der Abschlussveranstaltung (Präsentation der Arbeitskreise und Fest) nahmen über 150 Personen teil! Die aktive Auseinandersetzung mit dem Thema hat den SchülerInnen nicht nur großen Spaß, sondern auch bewußt gemacht, wie wichtig es auch heute noch ist - 60 Jahre nach dem Anschluß - gegen rechtsextremes Gedankengut und Neonazis zu kämpfen.